

François Houtart

Bewaffnete Konflikte und wirtschaftliche Aggression: die Nord-Süd-Beziehungen als Kriegsform und Kriegsfaktor

Mit Recht fühlt sich die Weltöffentlichkeit durch die Kriege und die bewaffneten Konflikte beunruhigt. Noch bedeutsamer aber ist eine Reaktion gegen das unsinnige, vor allem atomare Wettrüsten¹. Nicht weniger wichtig ist eine Reaktion gegen die tiefreichende, in den politischen Analysen und Urteilen herrschende Wirrnis, die für jenes Wettrüsten die notwendige Vorbedingung und zugleich dessen unausweichliche Folge darstellt. Es bestehen aber noch ganz andere Arten von Aggression. Sie kosten nicht wenigen Menschen das Leben, sind freilich weniger augenfällig. Wir meinen in erster Linie die wirtschaftliche Ausbeutung. Sie verhindert eine Lösung der Lebensprobleme der Dritten Welt. In diesem Beitrag geht es darum, gewisse wohlbekanntere Aspekte dessen in Erinnerung zu rufen, was man heute die Nord-Süd-Beziehungen nennt; wir unterbreiten anschließend dem Leser eine Analyse und zeigen die enge Verknüpfung zwischen diesen Beziehungen und den bewaffneten Konflikten, freilich ohne dabei die Ost-West-Beziehungen zu übersehen.

I. Die Nord-Süd-Beziehungen

Die angewandte Terminologie gibt Anlaß zu Verwirrung. Man kann sich nämlich fragen: Welches ist nun eigentlich das Wesen dieser so bezeichneten Beziehungen? Auf den ersten Blick handelt es sich um eine geographische Dimension. Doch ist dies eine recht nebensächliche Sicht des Phänomens und trifft nicht das Wesentliche. Man kann auch der Auffassung sein, es handle sich eher um Beziehungen zwischen Staaten, wobei die einen auf der nördlichen, die anderen auf der südlichen Erdhälfte liegen, was

von einigen Ausnahmen abgesehen ja nicht falsch ist. Dennoch bleibt auch die politische Dimension eine wenn auch bedeutsame Nebenerscheinung. In Wirklichkeit erfaßt der Ausdruck die wirtschaftlichen Produktionsbeziehungen und auch die des Handels. In beide fügen sich politische Beziehungen; beide betreffen geographisch festliegende Gemeinwesen.

Wir müssen hier aber sofort genauer fragen: Um welche wirtschaftlichen Beziehungen geht es denn? Ganz offensichtlich um jene ökonomischen Bindungen, die innerhalb einer Marktwirtschaft zwischen industrialisierten und – wie man sagt – unterentwickelten Gemeinwesen zustande kommen. Es gehören also nicht dazu die zwischen den sozialistischen Ländern bestehenden Handelsbeziehungen, sehr wohl jedoch jene zwischen den kapitalistischen Ländern und den sozialistischen Ländern der Dritten Welt. Erinnern wir uns: 1976 betrug die Ausfuhr der Dritten Welt in die Europäische Gemeinschaft 28,5 Prozent, in die Vereinigten Staaten 20,6 Prozent und in die Sowjetunion 2,2 Prozent.

So ist also der Umkreis der Frage festgelegt. Gehen wir nun an das Problem selbst heran. Zuerst wollen wir einige die südliche Hemisphäre betreffende Gegebenheiten in Erinnerung bringen.

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung wohnt in den Gebieten der Dritten Welt. Sie verfügt über 15 Prozent der Weltproduktion², und die Einkommensstruktur wie auch die des Verbrauchs zeigt gewaltige Unterschiede. In Indien zum Beispiel, dem neunten Industrieland der Welt, leben fast 350 Millionen Menschen in einem Zustand absoluter Armut, unter ihnen 40 Prozent Kinder unter zehn Jahren³; in Bangladesch sind es 80 Prozent der 90 Millionen Einwohner, die an dieser Schwelle vollständiger Armut oder darunter ihr Dasein fristen. In zwanzig Jahren verdreifachte sich das Defizit an Getreide in der Dritten Welt, was die Abhängigkeit nur noch verschärfte, während die Nahrungsmittelproduktion der an die Sahara angrenzenden afrikanischen Gebiete in einem Jahrzehnt um zehn Prozent zurückging, obwohl zur gleichen Zeit die für die Industrieländer bestimmte Ausfuhr an landwirtschaftlichen Erzeugnissen anwuchs. Nach Angaben des BIT (Bureau International du Travail)⁴ arbeiten im Gesamtbereich der Entwicklungsländer hundert Millionen Kinder unter Bedingungen, die oft denen im Europa des 19. Jahrhunderts gleichen⁵. In Bombay wer-

den 25 Prozent der Kinder zwischen sechs und neun Jahren und 48 Prozent derer zwischen zehn und zwölf Jahren in den Arbeitsprozeß eingeschaltet. Und hier die neuesten Ziffern: Nach Schätzung der Weltbank leben in der Dritten Welt 800 Millionen Menschen in einem Zustand absoluter Armut, darunter 40 Prozent Kinder unter zehn Jahren⁶; der Internationale Kinderhilfsfonds (UNICEF) meldet, daß im Durchschnitt täglich 40 000 Kinder an Krankheit, Unterernährung oder Hunger sterben⁷, an Ursachen also, die heute theoretisch ausgeschaltet werden können.

Diese hier angeführten Zahlen sind bezeichnend. Sie machen zunächst einmal das Ausmaß des Phänomens sichtbar und bringen die ungeheure Zahl der Opfer an den Tag; sie dienen dann aber auch als Ausgangspunkt für unsere Überlegungen. Denn an sich sagen sie noch nichts über die Ursachen aus. Man könnte ja denken, es gehe da nur um einen einfachen Entwicklungsrückstand, um Probleme, die sich mit der Zeit erledigen ließen, oder um Ursächlichkeiten, die in der Hauptsache den traditionellen Formen der vorkapitalistischen Wirtschaftssysteme oder den kulturellen Eigenheiten der Gesellschaften der Dritten Welt zuzuschreiben seien. Wir wollen die komplexe Eigenart der Probleme der Unterentwicklung nicht leugnen; es läßt sich aber doch denken, daß die ungleiche Verbrauchsgüterverteilung keine bloße Naturerscheinung ist, sondern sehr wohl ein Gesellschaftsphänomen, und daß das, was manche Wirtschaftswissenschaftler die Plünderung der Dritten Welt genannt haben⁸, durchaus das Lebensniveau der örtlichen Bevölkerungen beeinflussen mußte. Übrigens gelingt es den Ländern der Dritten Welt ziemlich rasch, Lösungen für die Probleme der Alphabetisierung, der Erziehung, der Gesundheit und sogar der grundlegenden Ernährung jener Volksschichten zu finden, die bisher dessen entbehrten, sobald die Logik der kapitalistischen Beziehungen durchbrochen wird. Das war etwa der Fall in Kuba, in China, in Vietnam und jüngstens noch in Kap Verde und Nikaragua. In einem weiteren Schritt wollen wir daher die Mechanismen untersuchen, die (erneut) zu solchen Situationen führten, wie wir sie oben umrissen haben.

II. Die Mechanismen der Beherrschung

Drei Grundelemente bestimmen die Wirtschaftsbeziehung zwischen den kapitalistischen Indu-

strielländern und der Dritten Welt: erstens die Lieferung von Rohstoffen und Energiequellen; zweitens die Eröffnung von Außenhandelsmärkten; drittens schließlich eine neuartige internationale Arbeitsteilung, die heute die Produktion selbst betrifft. Alle drei Elemente liegen in der Logik der Akkumulation und also der höchstmöglichen Gewinnsteigerung. Immer größer wird der in den kapitalistischen Ländern der nördlichen Hemisphäre verwendete Anteil an Rohstoffen und Grunderzeugnissen aus der Dritten Welt, ganz besonders jener für die Spitzenindustrien (Nichteisenmetalle) und die strategische Fabrikation. Es ist also von wesentlicher Bedeutung, sich nicht nur ihre Lieferung zu sichern, sondern auch so billig wie möglich einzukaufen. Die Preisfestsetzung ist durch das ungleiche Verhältnis und die auseinanderstrebenden Interessen der Hersteller bereits an der Wurzel verfälscht. Nur beim Erdöl, der in einigen Ländern konzentrierten, zur Zeit wahrhaft grundlegenden Energiequelle, war eine Preiserhöhung möglich, übrigens nicht ohne ein geheimes Einverständnis mit den großen amerikanischen Ölkonzernen, die ihr Kapital zu vermehren suchten, um unter anderem die teuren Investitionen im Kernenergiebereich finanzieren zu können. Es ist bekannt, daß der Handelswert der Rohstoffe und der elementaren Agrarerzeugnisse (Zucker, Baumwolle, Kaffee, Kakao), über einen längeren Zeitraum hin untersucht, ständig sank, und daß die Wirtschaftskrisen des Kapitalismus vor allem den Preiszusammenbruch und das Schrumpfen der Ersparnisse der Grunderzeuger wie auch das Anwachsen ihrer Verschuldung zur Folge hatte.

Die Entwicklungsländer sind ein keineswegs zu vernachlässigender Markt, betreffen sie doch mehr als 20 Prozent der Ausfuhr der Vereinigten Staaten, Japans und der Europäischen Gemeinschaft⁹. Nun zeigen aber die Investitionsgüter und die industriellen und gewerblichen Erzeugnisse eine steigende Preistendenz aufgrund der Steigerung gewisser Herstellungsfaktoren und des ständigen Bedürfnisses nach wachsender Akkumulation angesichts der neuen Technologien. Die aus den Investitionen, Darlehen und anderen Geschäftsvorgängen resultierenden Finanzströme begünstigen die kapitalistische Wirtschaft des «Zentrums», d. h. der Industrieländer, da das Verhältnis oft eins zu fünf oder sogar eins zu sechs steht, selbst wenn man die öffentliche Entwicklungshilfe einrechnet.

Der dritte Faktor schließlich sind die Produktionsverlagerungen. Die Zahlen der letzten zwanzig Jahre zeigen nämlich, daß die gegenwärtige Tendenz, gewisse Produktionsvorgänge in Länder der Dritten Welt zu verlegen, keineswegs den Ansprüchen dieser letzteren auf dem Gebiet des Technologietransfers oder der Herstellungskapazitäten entspricht. Im Gegensatz zu dem, was man denken könnte, sind das Ziel dieser Verlagerungen die am wenigsten entwickelten Länder und nicht jene, die auf die eine oder andere Weise eine anfängliche Akkumulation von Kapital verwirklicht haben¹⁰. Es besteht also kein Trend zu einer neuen internationalen Arbeitsteilung, wie es die eine Neue Internationale Ordnung fordernden Länder der Dritten Welt wünschen würden. Es handelt sich viel einfacher um eine Suche nach Niederlassungsgebieten mit niedrigen Löhnen, wo leicht zugängliche Produktionspole unter den bestmöglichen Bedingungen entwickelt werden (Steuerfreiheit, Freihandelszonen usw.), was keineswegs die grundlegenden Probleme der Unterentwicklung, nämlich die Bereitstellung von Arbeitsplätzen, die Schaffung von Mehrwert zur Verbesserung der Lebensbedingungen usw. einer Lösung näherbringt.

Eine bestimmte Anzahl politischer Voraussetzungen ist erforderlich, um nach und nach eine solche Struktur von Wirtschaftsbeziehungen zu schaffen und zu festigen. Zunächst müssen die Staaten in ihren eigenen Ländern die Wiederherstellung dieser Beziehungen gewährleisten: Aufrechterhaltung niedriger Löhne, nötigenfalls auf Kosten der sozialen (Gewerkschaftswesen) und politischen Rechte; Erstellung der Infrastruktur (Energie, Transport, Kommunikation) im Blick auf die wirtschaftlichen Interessen der Metropolen und nicht auf die Entwicklung der Gesamtbevölkerung. Aber auch die Gleichschaltung der Länderpolitik mit der Logik der weltweiten kapitalistischen Güterhäufung mündet in einen politischen und militärischen Druck.

Ein beispielhafter Fall wird die Sachlage beleuchten. Im Januar 1982 wurde dem Präsidenten der Republik Honduras eine ministerielle Denkschrift der Vereinigten Staaten von Amerika überreicht, in der die Bedingungen für eine Wirtschaftshilfe von 63 Millionen Dollar und eine Militärhilfe von 15,3 Millionen Dollar festgelegt waren. Die erste Bedingung betraf die amerikanischen Firmen in Honduras. Es handele sich darum, so wird erklärt, den Konflikt zwischen

Texaco und der Regierung zu beenden – die Erdölfirma wünschte den Preis ihrer Produkte gegen den Willen der öffentlichen Behörden zu erhöhen – wie auch den zwischen zwei amerikanischen Banken einerseits und der Regierung von Honduras andererseits; bei den beiden Banken handelte es sich um die First City Bank von Boston und die Citizens and Southern International Bank von New Orleans, deren Guthaben aufgrund des Bankrotts einer Ortsfiliale eingefroren waren. Die zweite Bedingung bestand darin, ein dynamisches Programm aufzustellen, das den Zweck hatte, neue ausländische Investitionen anzulocken: Verminderung der öffentlichen Verwaltung, Revision der Preiskontrolle mit dem Ziel, die festgelegten Höchstgrenzen für den Milch-, Brot-, Eier- und Arzneimittelpreis aufzuheben. Die dritte Bedingung war die Unterdrückung der konkurrenzunfähigen Unternehmen und der überflüssigen Aktivitäten gewisser parastaatlicher Organe, nämlich der Verwaltungen für die Agrarreform, für die Forstentwicklung und für die industrielle Entwicklung – alles Maßnahmen, die dahin zielten, die Tätigkeiten dieser Organismen zu unterbinden. Schließlich die vierte Bedingung: das Einverständnis mit der Kontrolle der Weltbank, die die Wirksamkeit der Auslandshilfe zu bemessen hat¹¹.

Hinzu kommt noch, daß auch der Internationale Währungsfonds (IWF) ein Darlehen von 55 Millionen Dollar gewährte, unter der Bedingung, die Wirtschaft mit Hilfe von Steuern und Gebühren zu stabilisieren. Gemeinsam mit der Weltbank verlangte der IWF, jene Industrien zu entmutigen, die sich an die Stelle der Einfuhr zu setzen bestrebten, und dagegen das Land jenen ausländischen Investitionen (den amerikanischen natürlich) zu öffnen, die dazu bestimmt waren, an Ort und Stelle ein billiges Arbeitermaterial für alle jene Unternehmen aufzutreiben, die die amerikanischen Märkte beliefern. Im Verlauf des Jahres 1982 wurde die vorgeschlagene Militärhilfe bedeutend aufgestockt; zusammen mit dem Heer und den Luftstreitkräften der USA wurden Manöver durchgeführt sowie mit dem Bau von drei amerikanischen Flugbasen begonnen. Es ging nicht mehr nur darum, eine örtliche Regierung mit Waffen zu versorgen, damit sie in der Lage sei, die inneren sozialen Kämpfe wie etwa in El Salvador in Schranken zu halten; es ging auch darum, Honduras in die Strategie der Destabilisierung des sandinistischen Regimes in Nikara-

gua¹² einzugliedern, eines Regimes, das eben gerade versucht, in seinem eigenen Inneren mit der Logik der kapitalistischen Akkumulation zu brechen und hinsichtlich der Auslandsbeziehungen aus der Lage vollständiger wirtschaftlicher Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten herauszukommen¹³.

Ein solches Beispiel illustriert gut die Mechanismen der Beherrschung. Hinzuzufügen ist das systematische «Nein» der Nordstaaten zu den Anfragen der Südstaaten auf den verschiedenen internationalen Konferenzen der letzten Jahre, zum Beispiel der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) in Nairobi (1976) und Manila (1979), der Konferenz der FAO in Rom (1974 und 1979), der Konferenz in Wien (1979) betreffs des Technologietransfers sowie auf den Konferenzen in Lima (1974) und New Delhi (1979) über die Neue Internationale Ordnung.

Was die Auswirkungen der Krise betrifft, so schlägt sie brutal auf die am wenigsten privilegierten Bevölkerungen der Dritten Welt zurück. Diese Krise ist das Ergebnis einer kapitalistischen Überakkumulation; sie ist mit einer neuen technologischen Revolution verbunden und kann ihre Lösung im Rahmen der kapitalistischen Logik nur durch eine Verminderung der Herstellungskosten finden, was sich in gleicher Weise sowohl in einem Druck auf die Löhne und die von der Arbeiterklasse der Industrieländer erreichten sozialen Vorteile zeigt als auch in einer Preissenkung der Rohstoffe oder Basisprodukte (Kupfer, Zinn, Kaffee, Zucker, Baumwolle, Kakao usw.), die alle wesentliche Außenhandelseinnahmen der Länder der Dritten Welt ausmachen. Übrigens bestehen die Forderungen des IWF in seiner Darlehenspolitik darin, in den Ländern der Dritten Welt von den Volksmassen einen wachsenden Gewinn abzuschöpfen, indem man den Preis der Grundnahrungsmittel erhöht und zur Unterdrückung der Wohlfahrtspolitik zwingt, wie das in Sri Lanka geschah, wo die Regierung dann diese Maßnahmen willig ergriff, oder in Tansania, wo sie sich weigerte und deswegen der Wirtschaftshilfe beraubt wurde¹⁴.

Das Sinken der aus der Ausfuhr fließenden Einnahmen ist auch der Grund für die katastrophale Verschuldung einiger Länder. Um nur ein Beispiel zu nennen: In Mittelamerika sank der Zuckerpreis in wenigen Monaten von 26 US-Cent das Pfund auf 6 US-Cent¹⁵. Die Folge ist überdies noch eine Verminderung der Entwicklungshilfe (fast 2 Milliarden Dollar im Jahre

1981) vor allem aufgrund einer Beschneidung der amerikanischen Zuschüsse, die sich um 26 Prozent verringerten¹⁶. Es ist geradezu paradox, daß in dem Augenblick, als gewisse Leute, unter ihnen Präsident Reagan, der Dritten Welt raten, zur Lösung ihrer Entwicklungsprobleme sich voll und ganz in den Wirtschaftsliberalismus einzugliedern (Konferenz von Cancun über die Neue Internationale Ordnung), der wirtschaftliche Druck und die militärischen Eingriffe nur noch zunehmen. Die Folgen sind für die unteren Klassen der Dritten Welt erschreckend: Hunger, Krankheiten, Elend, Revolten, Unterdrückung, bewaffnete Konflikte. Es wäre tatsächlich viel zu einfach, die Beziehungen zwischen Nord und Süd als Beziehungen zwischen Staaten darzustellen, von denen die einen reich sind und die anderen arm. Man muß da tiefer sehen.

Die Länder setzen sich nicht aus homogenen gesellschaftlichen Gruppen zusammen, und die Staaten sind keine gesellschaftlich neutralen Einheiten. Die Gesellschaftsschichten sind Wirklichkeiten, die in der Logik der kapitalistischen Wirtschaft selbst ihren Platz haben, und die Politik der Staaten spiegelt die Interessen derer wider, die die Macht besitzen. So kommt es, daß zahlreiche unterentwickelte Länder in Wirklichkeit durch Oligarchien oder Bourgeoisien verwaltet werden, deren Interessen mindestens in weitem Ausmaß mit denen des Kapitals der industrialisierten Länder zusammenfallen, außer daß sie auch selbst einen zunehmenden Anteil am Wertzuwachs beanspruchen. Die Auswirkungen der Krise zum Beispiel betreffen nicht in der gleichen Weise und Stärke alle sozialen Schichten, weder im Norden noch im Süden. Als 1972 ein Erdbeben die Stadt Managua zerstörte, wurde eine öffentliche und private internationale Hilfsaktion veranstaltet, um den Opfern zu Hilfe zu kommen und die betroffenen Gebiete neu aufzubauen. Der größte Teil dieser Hilfe floß in die Taschen des Clans Somoza, der den Staat beherrschte und zum Schaden der anderen Volksgruppen gewaltige Gewinne daraus zog. In Zaïre hindert der krisenhafte Dauerzustand eine neue Klasse keineswegs daran, sich auf der Grundlage einer dank der Kontrolle über den Staat zusammengerafften Finanzmasse eine Existenz aufzubauen.

So formt sich ein konvergierendes Interessennetz, ein weltumspannendes, zunehmend durch einen Klassenkampf auf internationaler Ebene gekennzeichnetes Geflecht. Während aber die

kapitalistischen Schichten trotz ihrer internen Widersprüche über die Mittel einer wirklichen Integration verfügen (übernationale Unternehmen und Verbindungen), bleiben die Arbeiter- und Bauernschichten im Grunde genommen segmentiert und verwundbar. Jene Länder, in denen die Volkskräfte begonnen haben, mit der kapitalistischen Denkweise zu brechen, erleiden vielfachen Druck, der von der Wirtschaftsblockade (Kuba, Vietnam, Moçambique) bis zur Anwendung von Nahrungsmittelbeschränkungen (Nikaragua, Vietnam, Moçambique) reicht, ohne von den direkten oder indirekten militärischen Eingriffen zu reden (Angola, Nikaragua).

III. Die Ost-West-Beziehungen

Es zeigt sich mit aller Deutlichkeit, daß die Ost-West-Beziehungen von der uns beschäftigenden Fragestellung nicht ausgeschlossen werden können, auch wenn sie ihre Eigentümlichkeiten besitzen: atomare Rüstung, Beziehungen unter den Supermächten usw. Die meisten der bewaffneten Konflikte seit dem Zweiten Weltkrieg ereigneten sich in der Dritten Welt und bezogen Spannungen und manchmal sogar militärische Zusammenstöße zwischen Ost und West mit ein (Korea, Vietnam, Angola, Salvador, Libanon). Neben ihren allgemein stark betonten konjunkturellen Aspekten haben diese Konflikte die tiefliegende Realität der Weltwirtschaftsbeziehungen freigelegt und auch den Preis, den es kostet, die Gesetze der kapitalistischen Anreicherung zu brechen. Gerade in diesem Sinn werden die Nord-Süd-Beziehungen zu Kriegsfaktoren. Wie man auch die wirtschaftlichen und politischen Systeme der sozialistischen Länder beurteilen mag und wie es auch mit den sie charakterisierenden Widersprüchen oder den sie gegeneinander treibenden Konflikten stehen möge, auf jeden Fall muß man feststellen, daß sie ein ernstes Hindernis für die Einführung der kapitalistischen Beziehungen in den Regionen des «Südens» bildeten, indem sie politisch, wirtschaftlich und im Falle eines Angriffs auch militärisch zahlreiche Befreiungskämpfe und die daraus entstehenden politischen Regime unterstützten.

IV. Die in Frage stehenden Denkweisen

Es war bisher unsere Absicht zu zeigen, um welche Wirklichkeit es sich bei den Nord-Süd-Beziehungen handelt und welches ihre Folgen

für Leben und Tod von Hunderten von Millionen Menschen in der heutigen Welt sind. Zu diesem Zweck wollten wir das hervorheben, was über das Phänomen der Aggressivität oder des Machtstrebens hinausgeht, denn dies gab es zu allen Zeiten. Wir versuchten, die wirtschaftlichen, in Beziehungsstrukturen der Ausbeutung mündenden Mechanismen klarzulegen. Das hat uns weiter zum Aufweis geführt, daß es sich um einen Klassenkampf handelt, bei dem das Kapital heute über wirtschaftliche, politische und ideologische Waffen verfügt, die es vor allem dort einsetzt, wo es sich verwundbar fühlt, übrigens ohne den militärischen Einsatz zu verschmähen. Es bleibt uns aber noch die Frage zu beantworten, welches denn die Logik sei, die solche Praktiken durchherrscht, wollen wir nicht in rein psychologische oder auch rein voluntaristische, in unserem Fall vollständig ungenügende Erklärungen verfallen.

Es ist die des Kapitals als dynamischen Produktionsfaktors, das Ergebnis einer Bereicherung, die sich nie widersprechen kann und ihr Dasein aus der Mehrwerterpressung schöpft, einesteils im Bereich der am Ort verrichteten Arbeit und andernteils in der Ausbeutung der von ihr beherrschten Gesellschaften. Das drängt Michel Beaud zu der Bemerkung: «Der Kapitalismus ist weder eine Person noch eine Institution. Weder will er noch wählt er. Er ist eine Logik, die vermittels einer Produktionsweise wirkt: eine blinde Logik, eine unbeugsame Logik der Akkumulation.»¹⁷ Das kapitalistische System trägt von Anfang an eine Dimension der Ausbeutung vorkapitalistischer Gemeinwesen an sich. Im Blick auf die heute sogenannten Gebiete der Dritten Welt begann das mit der merkantilen Ausplünderung Lateinamerikas, Afrikas und Asiens, die es ermöglichte, den primitiven Akkumulationsvorgang, der sich eines Tages zum industriellen Kapitalismus auszuwachsen sollte, zu beschleunigen. Gleich bei Beginn geschah ein Transfer des Reichtums und zugleich der Arbeitskräfte. Es genügt, sich an die Versklavung der aus Afrika nach Amerika verschleppten Schwarzen zu erinnern. Die Kolonialphase des 19. Jahrhunderts machte aus den Nationalstaaten die Hauptagenten dieser doppelten «Förderung». Und man muß zu den etwa 50 oder 60 Millionen während dieses Sklavenabenteuers verstorbenen Afrikanern noch die Dutzende von Millionen Toten der Kolonialkriege, der örtlichen Aufstände und der durch

die Zerrüttung der traditionellen Agrarwirtschaftssysteme verursachten Hungersnöte hinzuzählen.

Die kapitalistischen Einheiten verfügen heute über weitreichende Dimensionen und greifen über die nationalen Grenzen hinaus; ihre Logik bleibt indes immer dieselbe: Förderung von Mehrwert. Gewiß enthält das System seine eigenen Widersprüche, nämlich die Reaktion der führenden sozialen Kräfte der ausgebeuteten Klassen; wir stellen das Phänomen heute noch fest. So konnte die europäische und amerikanische Arbeiterklasse zwar ihre Kaufkraft erhöhen. Doch konnten die daraus resultierenden Verluste der Kapitaleseite wieder ausgeglichen

werden – vor allem durch den Rückgriff auf die von den Landarbeitern der Dritten Welt erwirtschafteten Werte¹⁸. Die Verarmung und Proletarisierung dieser Bauern ist ihrerseits der Grund für die sozialen Bewegungen fast ganz Asiens und derer von Mittelamerika. Und dies stößt mit einer anderen Logik zusammen, die sich zu einem anderen Projekt ausformt: Organisation einer Produktionsweise, die es der Logik des Kapitals nicht gestattet, unausweichlich zu Millionen von Menschenopfern zu führen im Dienst einer Bereicherung, die es dem Kapital ermöglicht, sich ständig zu erneuern und seine Krisen von selbst zu überwinden.

¹ Im Januar 1982 verkündete der US-amerikanische Verteidigungsminister Weinberger eine Steigerung der Rüstungsausgaben von 182 Milliarden Dollar im Jahre 1982 auf 326 Milliarden im Jahre 1987, also ein Anwachsen von 53 Prozent für das Heer, von 69 Prozent für die Flugzeugträger, von 58 Prozent für die Luftwaffe sowie die Herstellung von 37000 zusätzlichen Atomsprenköpfen (Caspar Weinberger, Remarks prepared for Delivery before the Council of Foreign Relations, New York, 20. April 1982).

² Michel Beaud, *Histoire du Capitalisme, 1500–1980* (Paris 1981) 287.

³ John Blair, *Aucune réponse à Cancun pour les 800 Millions de «pauvres absolus» de la planète*: Imprecor 112 (9. Nov. 1981) 24.

⁴ Bericht des BIT (Genf 1969).

⁵ *Le Monde* vom 13.–14. Sept. 1981.

⁶ Bericht der Weltbank, in: Imprecor aaO.

⁷ Bericht von UNICEF (Genf 1979).

⁸ P. Jallay, *Le Pillage du Tiers-Monde* (Paris, Maspero, o.J.).

⁹ *Time Magazine* 37 (13. Sept. 1982).

¹⁰ J. Petras, *A new international division of Labor?: Merio Reports* 94 (Febr. 1981) 28f. Zu bemerken ist, daß Länder wie Südkorea, Taiwan und Hongkong wegen der dort angepeilten strategischen Ziele eine Ausnahme bilden.

¹¹ *Le Monde Diplomatique* (Mai 1982).

¹² Diese Politik besteht vor allem darin, die ehemaligen somozanischen Gardetruppen mit Waffen auszustatten, um die militärischen Eingriffe in das Gebiet von Nicaragua zu erleichtern. Man wird sich daran erinnern, daß die CIA mehr als 200 Millionen Dollar erhielt, um das sandinistische Regime zu destabilisieren.

¹³ Die Nahrungsmittelbeschränkung wurde gegen Nicaragua angewandt: Es wurde kein amerikanisches Getreide mehr geliefert. 1981 haben die EWG und die UdSSR die Getreidelieferungen an dieses Land wieder aufgenommen.

¹⁴ Die Länder der Dritten Welt fordern, daß die Generalversammlung der UNO zuständig sei; die industrialisierten Länder dagegen, die in dieser Versammlung in der Minderheit sind, verlangen im Gegenteil, daß die Ausführung dieser

Programme der Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds, dessen Kontrolle sie innehaben, übertragen werde.

¹⁵ Während die Zuckerpreise auf dem kapitalistischen Markt gefallen sind, bleiben die von der UdSSR an Kuba gezahlten Preise fest, denn sie sind auf der Grundlage von hundert von diesem Land an Kuba verkauften Erzeugnissen berechnet: Wenn deren Preise steigen, steigt auch der Zukerpreis.

¹⁶ *Time Magazine* 37 (18. Sept. 1982).

¹⁷ M. Beaud, aaO. 161.

¹⁸ M. Beaud, aaO. 252.

Aus dem Französischen übersetzt von Arthur Himmelsbach

FRANÇOIS HOUTART

1925 in Brüssel geboren. Priester der Diözese Mecheln-Brüssel. 1973 Promotion zum Doktor in Soziologie an der Katholischen Universität Löwen. Diplom in Urbanistik am Institut d'Urbanisme appliqué in Brüssel. Postgraduierten-Studium an der Universität Chicago. Dr.h.c. der Notre Dame University (USA). Derzeit Lehrauftrag an der Katholischen Universität Löwen und Direktor des Centre de Recherches socio-religieuses ebendieser Universität. Herausgeber der internationalen Zeitschrift für soziologische Studien «Social Compass». Hat Forschungen in Soziologie der Religion und Soziologie der Entwicklung in mehreren Ländern durchgeführt, namentlich in den USA, in Lateinamerika, Sri Lanka, Indien, Vietnam, Tansania. Veröffentlichungen u.a.: *Aspects sociologiques du Catholicisme américain* (Editions Ouvrières, Paris 1957); *Eglise et Révolution en Amérique Latine* (Casterman, Tournai/Paris 1964); *Church and Revolution* (Orbis Books, New York 1970); *Religion and Ideology in Sri Lanka* (Hansa, Colombo 1974); *Religion et modes de production précapitalistes* (Editions de l'Université de Bruxelles, Brüssel 1980); *Sociologie d'une Commune Vietnamiennne* (zus. mit Geneviève Lemercinier, CSRSR, Neulöwen 1981). Anschrift: Avenue Sainte-Gertrude, 5, B-1348 Ottignies Louvain-la-Neuve, Belgien.